

März 2017

Informationen
der
Vereinten
Dienstleistungs-
gewerkschaft
Landesbezirk
Baden-Württemberg



aktiv_ fortschrittlich_ kompetent_

Welches gute Haushaltsjahr muss noch vom Himmel fallen....

um Tarifergebnisse ohne Abstriche auf Beamtinnen und Beamte zu übertragen?

Das Land hat über 3 Mrd Euro Überschuss erzielt – Tendenz steigend. Auch die weitere Haushaltsplanung steht unter dem Stichwort „Risikovorsorge“ und lässt genug Spielraum für eine angemessene Besoldungserhöhung.

Wann, wenn nicht jetzt könnten die Beamtinnen und Beamten an der wirtschaftlich guten Entwicklung teilhaben?

Es ist deshalb schlicht unverständlich, warum die grün-schwarze Landesregierung die Leistung der Beamtinnen und Beamten nicht entsprechen den Tarifbeschäftigten finanziell anerkennt. Sind sie es doch, die im Land und in den Kommunen die Politik umsetzen und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge garantieren!

Stattdessen gibt es für die Beamtinnen und Beamten des Landes Baden-Württemberg in 2017 und in 2018 jede Menge Null-Monate:

Die Erhöhung um 2 % bzw. 75 EUR (bis zu einer Besoldung von 3750 EUR) erfolgt für den mittleren Dienst zum 1.3.2017, für den gehobenen Dienst zum 1.5.2017 und für den höheren Dienst zum 1.6.2017.

In 2018 erfolgt eine Erhöhung von 2,675% (lineare Tariferhöhung aus der Tarifrunde Länder 2,35% plus strukturelle Elemente der Tarifrunde Länder 0,325%) für den mittleren Dienst zum 1.3.2018, für den gehobenen Dienst zum 1.5.2018 und für den höheren Dienst zum 1.6.2018.



[Am Rande bemerkt: Die Landesregierung wollte die Beamtinnen und Beamten zu Beginn unserer Gespräche noch länger leer ausgehen lassen...]

Besoldung folgt Tarif

Für **ver.di** ist die Basis der Besoldungsanpassung das Tarifergebnis, dass mit der Tarifgemeinschaft der Länder vereinbart wurde. Der Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wurde am 17. Februar in Potsdam gefunden. In einem der reichsten Bundesländer, das sein Steueraufkommen im vergangenen Jahr um sage und schreibe 3,15 Milliarden Euro, fast zehn Prozent, gesteigert hat, braucht es keinen Kompromiss vom Kompromiss. Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung heißt alle zum 1. Januar. **Jedes Jahr aufs Neue verschieben heißt Besoldung dauerhaft kürzen, sonst nichts.**



Beamtinnen
und Beamte

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Durch die Einigung bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird der Landeshaushalt entlastet. Trotzdem sollen die Ressorts rund 400 Millionen Euro Einsparungen erbringen. Auch dies wird nicht spurlos an den Beschäftigten in der Landesverwaltung vorüber gehen, sondern in Arbeitsverdichtung enden.

Schmerzhaft für den mittleren Dienst

Eine zeitliche Verschiebung trifft alle Beamtinnen und Beamten im Land und in den Kommunen. Besonders werden es aber die unteren Besoldungsgruppen im mittleren Dienst zu spüren bekommen. Bei Justizwachtmeistern, Steuersekretärinnen, Lebensmittelkontrolleuren, beim Gemeindevollzugsdienst und beim feuerwehrtechnischen Dienst reicht die Besoldung heute schon fast nicht aus.

Wir reichen der Landesregierung nicht die Hand zu den Null-Monaten.

Warum der Beamtenbund trotz eigener in Auftrag gegebener wissenschaftlicher Erkenntnis trotzdem ja sagt zu den zeitlichen Verschiebungen und damit gerade auch die unteren Besoldungsgruppen im Regen stehen lässt, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Kommunalbeamte doppelt gelackmeiert

Kommunale Beamtinnen und Beamte sind im Kern doppelt betroffen. Auch sie müssen durch die Konsolidierungspolitik der

Landesregierung die zeitliche Verschiebung in Kauf nehmen. Zudem sind sie durch den Kompromiss der Kommunalen Spitzen mit der Landesregierung zum kommunalen Finanzausgleich davon betroffen, dass die Gemeinden weniger Geld vom Land bekommen. Das wirkt sich bei den Beschäftigten in der Regel in Form von Arbeitsverdichtung aus.

POSITIV: Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung

Eine nachhaltige Besoldungspolitik war längst überfällig, um gute Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Die Absenkung der Eingangsbesoldung war 2009 unter Schwarz-Gelb schon Murks, wurde unter grün-rot 2011 noch verschlimmert und führte dazu, dass sich nur noch wenige für ein Beamtenverhältnis mit dem Land Baden-Württemberg entschieden haben. Gut, dass diesem Murks nun endlich ein Ende gesetzt wurde. Es war überfällig.

Zu guter Letzt sei uns ein Hinweis in eigener Sache gestattet: je mehr Beamtinnen und Beamte sich organisieren, desto besser unsere Möglichkeiten, die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung unserer Tarifergebnisse zu erreichen. Deshalb: jetzt Mitglied werden!

**Beamtinnen und Beamte –
in ver.di gut vertreten!**

<https://mitgliedwerden.verdi.de/>



Beamtinnen
und Beamte

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft